

Vermietung ist die effektivste Zuhälterei

Zur Auseinandersetzung über Sexarbeit

UZ: *Aktuell kommt es verstärkt zu Auseinandersetzungen über den Umgang mit Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern in Deutschland. Auch durch die politische Linke gehen in dieser Frage tiefe Risse. Wie ist Ihre Position?*

Frank Laubenburg: Ich freue mich über alle Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter, die sich organisieren und für ihre Rechte kämpfen, also für eine weitere Entkriminalisierung und für eine bessere soziale Absicherung von Menschen, die der Prostitution nachgehen. Die politische Linke muss diese Prozesse unterstützen und mit den Betroffenen gemeinsam kämpfen. Sperrgebiete – in Dortmund zum Beispiel ist mittlerweile die ganze Stadt ein Sperrgebiet – treiben Prostituierte in die Illegalität mit negativen Folgen wie dem Vorenthalten des Honorars, Vergewaltigungen und körperlicher Gewalt. Gerade kommunale MandatsträgerInnen sollten sich daher für eine Abschaffung der Sperrgebiete einsetzen. Derzeit wird in Teilen der Linken leider sogar das Gegenteil propagiert. Die Organisationen Betroffener werden als „Prostitutions- und Zuhälterlobby“ diffamiert, vereinzelt wird mit kruden Argumentationen sogar ein „Sexkaufverbot“ gefordert. In Schweden gibt es das sogar bereits. Die Prostituierten dort zahlen nun horrend „Mieten“ für die Wohnungen, in denen sie arbeiten. Vermietung ist die effektivste Zuhälterei. Aus dem Straßenbild ist Prostitution in Schweden hingegen weitgehend verschwunden, was als „Erfolg“ ausgegeben wird. Politisch ist das so, als würde man ein „Bettelverbot“ zur Armutsbekämpfung fordern und im Anschluss resümieren, dass die Armut weg sei, weil es ja kaum noch Bettler auf der Straße gäbe.

UZ: *Warum werden die Debatten derart aggressiv geführt?*

Frank Laubenburg: Weil über Sexarbeit nicht politisch, sondern moralisch diskutiert wird. Frauen, die sich für Geld prostituieren, gelten als Verräterinnen, die patriarchale Strukturen stützen. Ihnen wird jedes Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Dass Sexualität in

der kapitalistischen Gesellschaft verdinglicht ist, wird nicht unter der Frage, wie diese gesellschaftlichen Verhältnisse umzuwerfen sind, diskutiert, sondern denjenigen zum Vorwurf gemacht, die der Sexarbeit nachgehen oder sie nachfragen. Und Prostitution ist natürlich auch Projektionsfläche: Wie oft, wann, warum hat man selbst Sex eingesetzt, um damit etwas zu erreichen? Dass wir alle uns nicht frei machen können von der Verdinglichung auch unserer eigenen Sexualität, kann ja aber kein Argument gegen Sexarbeit sein.

UZ: *Woher nehmen Personenkreise, die sich selbst zur politischen Linken rechnen, eigentlich das Recht, oftmals derart selbstgefällig und vor allem über die Köpfe der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter hinweg über deren Tätigkeit zu urteilen?*

Frank Laubenburg: Sie halten sich eben für moralisch überlegen. Das zeigt sich daran, dass gerade die Organisationen von Frauen, die der Sexarbeit nachgehen, angefeindet werden. Dabei gäbe es ja Forderungen, bei denen man an einem Strang ziehen könnte: Wenn wir endlich eine weitreichende medizinisch kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen hätten, wäre die Beschaffungsprostitution in diesem Bereich erledigt. Dort herrschen wirklich schlimme Arbeitsbedingungen. Das wird von den Prostituiertenbekämpferinnen aber gar nicht thematisiert. Ihnen geht es um die Ächtung der Sexarbeiterinnen und -arbeiter. Diese Ächtung hat schon Friedrich Engels analysiert und bekämpft. Prostituierte, so Engels, würden „geächtet und ausgestoßen, um so nochmals die unbedingte Herrschaft der Männer über das weibliche Geschlecht als gesellschaftliches Grundgesetz zu proklamieren“.

UZ: *Man könnte es sich auch einfach machen: Auch in der DDR oder auf Kuba gab und gibt es Prostitution. Somit findet die Vermarktung des eigenen Körpers doch wohl auch im Sozialismus statt, oder?*



Frank Laubenburg (48) gehörte in den 1980er Jahren der DeLSI (Demokratische Lesben- und Schwuleninitiative) an, ist seitdem in der Schwulenbewegung aktiv und derzeit Sprecher der LAG Queer bei der nordrhein-westfälischen Linkspartei. Von 1999 bis 2014 gehörte er dem Düsseldorfer Stadtrat und dem dortigen Gesundheits- und Sozialausschuss an.

Frank Laubenburg: Bis Ende der 1960er Jahre war Prostitution in der DDR legal und nur in der Nähe von Kirchen und Einrichtungen für Kinder untersagt, danach wurde sie verboten, weil sie dem sozialistischen Frauen-

„Über Sexarbeit wird nicht politisch, sondern moralisch diskutiert“

bild nicht entspräche, aber real wurde sie geduldet und im Bereich der Nachrichtengewinnung auch bewusst eingesetzt. Sowohl in der DDR als auch auf Kuba spielten bzw. spielen Devisenfragen im Zusammenhang mit Prostitution eine wichtige Rolle. Wie es sich mit

der Prostitution im Sozialismus grundsätzlich verhalten wird, wird von mehreren Fragen abhängen. Die Überwindung der bestehenden Ehe- und Familienverhältnisse, die Emanzipation der Frau und die Aufhebung entfremdeter Arbeit verändern ja auch das Sexuelle vollkommen. Die Freie Liebe ist doch eine wichtige Triebfeder für den Kampf um den Sozialismus, oder? Ich gehe davon aus, dass sich damit auch der Charakter von Sexarbeit ändern wird, aber ich glaube nicht, dass es sie nicht mehr geben wird. Ein anderer Grund für die Ächtung von Sexarbeit auch in linken Kreisen war ja lange Zeit das Festhalten an einem klassischen Arbeitsbegriff, der sehr eng mit der Warenproduktion verbunden war. Da konnte Prostitution keine Arbeit sein. Der Arbeitsbegriff hat sich in den letzten Jahren schon stark verändert, zuletzt durch die Debatten um die Aufwertung von Pflege- und Erziehungsberufen.

UZ: *Vor allem selbst ernannte Feministinnen wie die Emma-Herausgeberin Alice Schwarzer gehören zu den entschiedensten Gegnerinnen von Prostitution. So wird behauptet, niemand böte seinen Körper freiwillig an. Aber kauft man tatsächlich einen Körper, oder nicht doch eher eine Dienstleistung?*

Frank Laubenburg: Jeder Mensch, der schon einmal Sex hatte, dürfte danach gemerkt haben, dass er noch einen Körper hat. Den kann man nicht verschenken und auch nicht verkaufen. Das ist ein Ammenmärchen. Die Formulierung vom „Frauenkauf“ dient der Diskreditierung von Prostituierten. Da die sich, so die menschenverachtende Logik, ohnehin ja schon verkauft hätten, müsse man sie auch nicht mehr ernst nehmen, nicht mehr schützen, nicht für ihre Rechte kämpfen.

UZ: *Die Bundesregierung will Prostituierte künftig deutlich schlechter stellen. Was plant die Große Koalition?*

Frank Laubenburg: Im Rahmen eines „Schutzgesetzes“ soll eine Registrierung von Prostituierten eingeführt werden, dazu Pflichtberatungen in Gesundheitsämtern. Das alles sehr repressiv. Zuletzt gab es Registrierungen zwischen 1939 und 1945. Konkret müsste sich eine in Düsseldorf registrierte Prostituierte, die einen Kunden in Neuss besuchen will, vor dem Termin auch in Neuss registrieren lassen, danach vielleicht in Duisburg usw. Auch die Rolle der Gesundheitsämter wird verändert: bisher wurden freiwillige Angebote für Prostituierte gut wahrgenommen. Nun wird es aber statt freiwilliger Angebote Pflichttermine geben, die Gesundheitsämter werden damit wieder – wie vor 2002 – zu Kontrollbehörden umfunktioniert. Wer vertraut sich denn der Behörde an, die ihn kontrolliert? Es fallen also Hilfsangebote weg. Zudem soll eine Kondompflicht für Prostituierte eingeführt werden. Die kann natürlich letztlich nicht kontrolliert werden, macht Prostituierte aber erpressbar. Hinzu kommen strengere Vorschriften für Prostitutionsstätten. Perfide daran: nicht nur Bordelle, sondern auch Wohnungen, in denen Männer und Frauen selbstständig arbeiten, bekommen Auflagen, die sie – anders als Bordelle – gar nicht erfüllen können. Absehbar ist, dass viele sich einfach nicht als Prostituierte anmelden werden und dann kriminalisiert werden können.

Die Deutsche AIDS-Hilfe e.V. und andere Gesundheitsorganisationen haben sich sehr entschieden gegen die geplante Kondompflicht gewandt und seit einiger Zeit gibt es neben vielen örtlichen Selbstorganisationen auch den Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. Notwendig ist, diese Organisationen in ihrem Kampf zu unterstützen, vor allem durch Aufklärung und durch die klare Botschaft, an der Seite der Prostituierten zu stehen.

Das Gespräch führte Markus Bernhardt

Kennung: MH11 555

Schloss mit braunem Spuk zu verkaufen

„Werden Sie Schlossherr eines ehemaligen Rittergutes“ bewirbt die Firma Kienzle Immobilien den Verkauf des Objekts „Kennung: MH11 555“. Dahinter verbirgt sich das um 1600 erbaute Wasserschloss Trebnitz in der Nähe von Bernburg/Saale (Sachsen-Anhalt). Kostenpunkt: 85 000 Euro. Damit ist das „königlich wirkende Kaufobjekt“ mit zirka 7 000 qm großem Grundstück und 873 qm Wohnfläche ein echtes Schnäppchen.

Potentielle Kaufinteressierte erfahren, dass „Kennung: MH11 555“ zu „DDR-Zeiten“ der LPG-Hof „Schloss Trebnitz“ gewesen sei, der ab 1958 als Alten- und Pflegeheim genutzt wurde. Ferner wird auf die Erfassung gemäß Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt hingewiesen. Außerdem ist auf der Webseite zu lesen, dass „eine durchgreifende Sanierung erforderlich“ sei.

Verschwiegen wird allerdings, dass das Gut sich derzeit im Besitz von zwei bekannten Neonazis befindet: dem einschlägig vorbestraften Hamburger Thomas Steiner (Szene-Name, richtig Thomas Wulff), der mit seiner Familie in einem Gutshaus in Mecklenburg-Vorpommern lebt, und Axel Schunk aus Stockstadt am Main (Bayern). Die beiden hatten das Anwesen 2010 für 80 000 Euro ersteigert.

Die Rede ist von jenem Thomas Steiner, der schon im Sommer 1978 als Neonazi Furor machte, als er u.a. mit dem 1991 verstorbenen Michael Kühnen mit Eselsmaske und selbst



Neo-Nazi Thomas „Steiner“ Wulff möchte Ex-Schlossherr werden.

gemalten Pappschildern mit der Aufschrift „Ich Esel glaube immer noch, dass in deutschen KZ's Juden vergast wurden“ durch den Hamburger Stadtteil Bergedorf marschierte. Jener Thomas Steiner, dessen jüngerer Bruder 1985 an der Ermordung des türkischstämmigen Ramazan Avcı in Hamburg beteiligt war, und dafür rechtskräftig verurteilt wurde. Jener Thomas Steiner, der selbst der NPD zu rechts ist, weshalb sie ein – bislang jedoch gescheitertes – Partei-Ausschlussverfahren gegen ihn angestrengt hat. Jener Thomas Steiner, der offensichtlich Gefallen an dem Duo „die Bandbreite“ aus Duisburg findet, und Rapper Wojna (was übersetzt übrigens „Krieg“ heißt) schon mal persönlich eine CD abkauft.

Bei seinem Rechtsstreit mit der NPD ließ Wulff sich von dem Juristen Wolfram Nahrath vertreten. Dieser ist wie Wulff Zögling des 2009 verstorbenen Hamburger Nazi-Anwalts Jürgen Rieger (ebenfalls NPD-Mitglied), und war – wiederum ebenso wie Wulff – Mitglied der Wiking Jugend (WJ). Auch Wulffs Kontrahent in dem Rechtsstreit mit der NPD, der damalige Vorsitzende Udo Pastörs, war einst Mitglied der WJ. Diese zählte zum Zeitpunkt ihres Verbots 1994 etwa 400 bis 500 Mitglieder und galt als größte neonazistische Jugendorganisation.

Zu den Mitgliedern der WJ gehörte auch Gundolf Köhler, dem das Oktoberfest-Attentat zur Last gelegt wird. Dieser wiederum stand in Kontakt mit Karl-Heinz Hoffmann und nahm an zwei Übungen von dessen berüchtigtster 1980 verbotener Wehrsportgruppe teil. Aufgrund der zähen Recherchearbeit des Journalisten Ulrich Chaussy ist unterdessen die The-

Neonazis wollen ihr 2010 ersteigertes marodes Wasserschloss in Sachsen-Anhalt wieder los werden.

orie von Köhler als verwirrtem Einzelgänger nicht mehr haltbar.

Die WJ war strikt nach einem hierarchischen Prinzip mit 14 „Führern“ aufgebaut. Einer davon, der „Bundesfahrtenführer“, war Axel Schunk. Wie viele ehemalige WJ-Mitglieder setzte Schunk seine politische Tätigkeit nach dem Verbot der WJ bei der NPD fort,

und war bis 1998 Mitglied im Landesvorstand Bayern.

Nach dem Tod von Rieger übernahm er den Vorsitz der „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung“. Dabei handelt es sich um eine völkische Sekte, die ursprünglich 1951 vom ehemaligen SS-Mitglied Wilhelm Kusserow gegründet wurde, und deren Mitglieder aufgrund ihrer äußeren so zünftig wie zugeknöpften Erscheinung auffallen: strikt gescheitelte Haar für die Männer und geflochtene Zöpfe und lange Röcke für die Frauen. Vermutlich ist das der Grund, warum sie ihre Treffen in aller Stille abhalten, u.a. das alljährliche Julfest im Ausflugs- und Ferienhotel „Zum Hufhaus“ in Ilfeld in der Nähe von Nordhausen (Thüringen). Das Hotel liegt versteckt im Wald, am Ende einer Privatstraße, die vom Navi nicht erkannt wird.

Die „Artgemeinschaft“ gilt seit Jahren als wichtige Kaderschmiede und Hintergrundorganisation der braunen Szene. Gegründet als völkisch-heidnische Sammlungsbewegung sind das von Kusserow mitverfasste „Arbekenntnis“ und ein „Sittengesetz“ noch heute die ideologischen Grundpfeiler. Laut Rieger entscheidet sich bei der „Artgemeinschaft“ um einen „Kampfverband“. Trotzdem gilt sie mit geschätzt 100 Mitgliedern bundesweit als elitär. In den erlauchten Zirkel gerät niemand einfach so.

1997, als die „Artgemeinschaft“ sich noch im „Heideheim“ in der Lüneburger Heide traf, nahm Beate Zschäpe an einer sogenannten Hetendorfer Tagungswoche teil. André Emminger, wie Zschäpe Angeklagter im Münchner NSU-Prozess, nahm gemeinsam mit seiner ebenfalls beschuldigten Ehefrau mindestens 2003 und 2004 an Zusammenkünften in Ilfeld teil. 2005 weilte der wegen seiner rechten Attentaten jüngst in die Schlagzeilen geratene Mindener Waldorf-Lehrer Wolf-Dieter Schröppe samt seiner Familie als Gast der „Artgemeinschaft“ in Thüringen.

Bereits 2001 sollte aus Schloss Trebnitz ein „nationales Schulungszentrum“ werden. Für damals nur 100 000 DM hatte der Berliner NPD-Funktionär Uwe Meenen es im Auftrag von Rolf Hanno ersteigert. Der Altnazi lebt in Marbella, stammt aber ursprünglich aus Hamburg, gehört seit 50 Jahren dem dortigen Landesverband der NPD an, und ist wichtiger Finanzier der Nazipartei. Als Betreiber des Zentrums wurde seinerzeit der Harzer Neonazi Steffen Hupka eingesetzt. Doch Investor und Betreiber zerstritten sich, die hochtrabenden Pläne konnten nicht umgesetzt werden, und das Schloss verfiel zusehends.

Schon bei der Versteigerung 2010 war die Rede von ca. 2 Mio. Euro, die in die „durchgreifende Sanierung“ investiert werden müssten. Offensichtlich brauchten Wulff und Schunk fünf Jahre, um zu realisieren, dass diese Summe ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigt.

Birgit Gärtner